

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. April 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 39

## Reaktion und Revolution

I.

Als wir am 22. März in den ersten Stunden nach der glücklichen verlaufenen Erhebung der Arbeiterschaft und einiger die Demokratie nicht im äußerlich abgetanen nationalliberalen Sinne verstehenden Volkshäuflein über „Buchdrucker und Gegenrevolution“ schrieben und große Verleumdung äußerten, daß die Buchdrucker so wesentlich zum Mißlingen des in seinen Auswirkungen noch nicht abzulehrenden monarchisch-nationalistisch-militaristischen Staatsstreiks beigetragen haben, da glaubten wir doch nicht, daß erst nach drei Wochen einiger Raum mit Gewalt freigemacht werden müßte, um über die fortdauernden reaktionären Gelächernisse und revolutionären Gegenstücke auch den „Korr.“ sprechen zu lassen.

In den letzten Tagen schrieb uns ein in die nachträglichen Artikelabrechnungen einbeschlossener Kollege, nebenbei auch Pressemann, er könne der Redaktion weder deshalb noch überhaupt gram sein. Wir verstanden es, den Kolleger nach jeder Seite gut aufrechtzuerhalten, könnten es allerdings nicht jedem recht machen und hätten viel kleinliche und auch egoistische Angriffe auszuweichen. Die von uns verforderte Pressefreiheit ginge aber praktisch in die Brüche, wenn die Papierverhältnisse so weiter freiben und dadurch der Umfang noch stärker benachteiligt würde. Da dies nun leider der Fall ist, und zwar in noch schlimmer als vermuteter Weise, worüber sehr bald eine für uns Kollegen wichtige und unerwartete Orientierung stattfinden soll, so werden wir in Zukunft noch mehr gebunden sein, wird leider manches Weitere unterbleiben müssen, über dessen Veröffentlichung bzw. Bearbeitung sonst gar kein Zweifel bestanden haben würde. Das ist unfreiwillig auch eine Reaktion, allerdings indirekter Art.

Da es für uns eine alte Wahrnehmung ist, daß den Mäßen des „Korr.“ von allen Seiten nur mit dem passiven „Hilf dir selber, so bist dir Gott“ begegnet wird, so möchten wir mit Nachdruck erklären: Je weniger der „Korr.“ nicht aus den Reihen der Mitgliebschaften und der Kollegen von Ballast befreit wird, je weniger ist er in der Lage, zu seinem Ziele die Revolution zu fördern und die Reaktion zu bekämpfen! Das eine wie das andre ist uns aufrichtiges Bedürfnis, wie sich aus den nachfolgenden Abschnitten ergeben wird, wobei wir aber nicht von einseitiger Kritik ausgehen wollen und nicht immer himmlische Begeisterung ausstrahlen lassen können. Lernen und Lehren kann man am besten aus ruhigem Erwägen.

II.

Der Begriff der Reaktion ist nicht abstrakt. Es gibt auch gesunde Reaktionen.

Wenn seit dem 13. März die Gewerkschaften nicht mehr als reaktionäre Gebilde angesehen werden und von der sogenannten Gewerkschaftsbureaukratie mit Karl Regien an der Spitze nicht mehr in der schon landläufig gewordenen Bewertung als „Verräter“ gesprochen wird — unter Kollege Grabmann als zweiter Mann am Steuer des Gewerkschaftsbundes hat es noch nicht zu dieser ja meistens umstrittenen Veranschuldigung gebracht, und von Adolf Cohen als „Reaktionär“ war es in der letzten Zeit recht still geworden —, so ist das eine gesunde Reaktion zu nennen. Die von Karl Regien seit im „Vorwärts“ (8. April) gemachte Feststellung, daß die Gewerkschaften der Anwendung des Generalkonflikts in den letzten Jahren widersprochen hätten, durch den Militärputsch der Mittwohle aber sogar seine Führung übernommen haben, ist im gleichen Sinne zu begründen.

Dasselbe ist über die Tatsache zu sagen, daß in der rechtssozialistischen Partei der Kurs nun endlich mehr links gesteuert wird, und wenn es weiter noch dahin kommt, die rechtssozialistische Fraktion nicht als bloße Schleppefrügerin der Regierungspolitik zu sehen, wie es sich noch in der kurzen Stuttgarter Nationalversammlungsepißode bei der Desavouierung des mit gutem Instinkt für das Volksempfinden ausgerüsteten Philipp Scheidemann gegen-

über Noske, dem Vertreter des Systems der Blindheit, so betrübend gezeitigt hat, dann ist viel gewonnen.

Auch die Unabhängige Partei hat schon manches Anzeichen einer günstigen Reaktion wahrnehmen lassen. Nicht erst seit dem 13. März, sondern bereits seit dem 13. Januar, dem unglückseligen Einfall eines Putsches von links vor dem Reichstagsgebäude, um das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes zu verhindern. Wer die brennend scharfe Verurteilung dieser radikalen Ausschweifung durch Verlach und Leuch in der „Welt am Montag“ noch in der Erinnerung hat, welche beiden den Unabhängigen sonst immer unentwegte Lobredner sind, und wer der „Roten Fahne“ heftige Angriffe gegen die Nachbarn von links deswegen noch kennt, der weiß um so mehr zu würdigen, wie seitdem ein vernünftigerer Kurs gesteuert worden ist. Obwohl Erbspien, der eine, und Däumig, der andre Vorstehende der unabhängigen Zentralkommission, keineswegs eine einseitliche Richtung darstellen. Der letztere mit seiner starken Verstrickung in das revolutionäre Rätesystem hat noch während der vorigen Woche in einer Versammlung eine nach oben sehr begrenzte Achtung vor der „Gewerkschaftsbureaukratie“ bekundet. Es ist jedoch anzuerkennen, wie er mit seinem starken Einflusse bei den sich schon äußerlich als revolutionär gebenden Betriebsräten auf eine wohl abgewogene Anwendung der Waffe des Generalkonflikts hingewirkt hat und damit auch durchgedungen ist. Ein Generalkonflikt sozulagen in Permanenz, wie ihn die Kommunisten haben möchten, wäre nicht nur für die Arbeiterschaft wirtschaftlich am verhängnisvollsten, sondern es würde das auch eine Reaktion auslösen können, wie man sie in Ungarn noch immer verheerend für die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wie für das ganze Volk am Ruder sieht. Würde sich Däumig von dem, was er mit dem revolutionären Rätesystem bezweckt, ohne die dadurch kommende noch weitere Richtungsparallel vielleicht zu wollen, emanzipieren können, so wäre das auch als eine gute Reaktion zu betrachten. In der Frage der Einwohnerwehren, die nicht vor ihrer wahren Bewirklichung nun dem Verbote der Existenz verfallen sollen, hat er in jener Versammlung am 8. April so gründlich pater peccavi gemacht, daß eigentlich die Fortsetzung nicht schwer fallen könnte. Daß die Unabhängige Partei sich mit der Sozialdemokratischen Partei zu gemeinsamer Abwehr gegen die Erhebung der Reaktion von rechts zusammenfand, war dem von dem Gewerkschaftsbunde, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und dem von Deutschen Beamtenbünde gegebenen Beispiele des Zusammengehens zu danken. Ohne Einigungsfrühgeburt zu befürchten, kann von diesem erfreulichen Faktum doch noch mehr erwartet werden. Die wachsenden Reaktionen haben hier unfreiwillig eine nicht zu unterschätzende Reaktion herbeigeführt.

Die Kommunisten veranschaulichen dagegen ein Bild, das in seinen Entwicklungszügen reaktionär genannt werden muß. Abergläubender Radikalismus, blinder Fanatismus und oft bis zur erdenklichen Grenze der Invenunft heranreichende Illusionen — in allem ehrliche Überzeugung neben unheimlicher Phrasologie und andern Eigenschaften einhergehend — haben jetzt dazu geführt, daß in Berlin neben der eine verständlichere Haltung einnehmenden kommunistischen Zentrale unter Levy sich eine neue kommunistische Arbeiterpartei (KAW) aufgetan hat. Die nunmehr alte kommunistische Partei besondert dabei die frühere Firmierung als Spartakusbund. Eine in der vergangenen Woche in Berlin abgehaltene Versammlung beider kommunistischen Richtungen bot ein Schauspiel, an dem selbst die radikalsten Arbeiterkreise genug haben müßten. Wenn der Referent von der kommunistischen Zentrale auch ziemlich viel aufbot an Mißverständlichkeit der rechts- und linkssozialistischen Führer wie auch der Gewerkschaften — in Leipzig haben wir am gleichen Tag in einer großen Kommunistenversammlung den Referenten nach dem gleichen Rezept verfahren sehen, obwohl diese Leute doch selbst in Führerrollen sich gefanden und in Führerstellen leben —, so war das den Berliner Linkskommunisten doch noch nicht genug. „Reaktionär“ war jedes zweite und „Ver-

räter am Proletariat“ das dritte Wort. Der kommunistischen Zentrale wurde Verrat vorgeworfen und Levy ein Diktator genannt. Alle Redner der neuen Richtung wandten sich gegen die Gewerkschaften, die sabotiert und zertrümmert werden müßten. Ein Kämpfer aus dem Ruhrgebiete, der mit dem Beispiele des Zusammengehens aller drei Arbeiterparteien dort in beschwörenden Worten zur Einigung aufrief, fiel einfach ab. Das ist wohl die fraglichste Ausprägung der unfeligen Zerstückelungsmanie. Was daraus spricht, können nur reife Früchte für die geborenen Reaktionäre sein, die am 13. März wohl ein mißlungenes, aber noch nicht endgültig aufgegebenes oder verunglücktes Werk begannen. Sie haben Bundesgenossen in Rheinland-Westfalen, wo die Syndikalkisten und Antoinisten zu Hause sind, wie auch in dem vogelähnlichen Rüberhauptmann Köls, von dem selbst die Kommunisten Sachsens abgerückt sind.

Legen die Gewerkschaften, denen sogar die Christlichen und die Kirch- und Arbeiter auf die neuen Spuren folgen, noch dieses oder jenes alte Requirat beifolge, ohne sich den oft nur zu wechselvollen Parteidoctrinen zu verschreiben, läßt die Mehrheitspartei von der Linde der Schlappheit ab, geben die Unabhängigen ihre schon so häufig als schädlich erwiesene Zweifelslehre auf und geben die Kommunisten auf Firmierung nun nicht darauf aus, den Richtungen bzw. Abspaltungen in Berlin und Nordwest Konträren zu machen durch Angleichung an die von den letzteren verlockten unbegrenzten Unmöglichkeit, dann schält sich die deutsche Arbeiterbewegung aus Umkleidungen und Besengungen heraus, die bisher nicht förderlich sein konnten. Diese Reaktion ist auch ein Gebot der Stunde.

III.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat trotz ihrer glänzenden Abwehr der von Kapp und Listwits geführten Gegenrevolution doch einige Opfer an die politische Reaktion zu verzeichnen. Es sind dies von politischer Seite der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, August Winnig, und von gewerkschaftlicher Seite Wauer, der Vorstehende des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen.

Daß ein Mann wie Winnig, dem große Belästigung gewiß nicht abgesprochen werden kann, den wir aber schon vor drei und vier Jahren, als die Welschreibung über den Krieg, die Neuarbeitung usw. von Arbeiterführern unbehaglich wurde, zu weit nach rechts rutschen sahen, der sich im Ballistikum von den Offizieren in ähnlicher Weise einseitig ließ wie Noske in Berlin von den Generälen, schließlich auf die Kappisten hereinfallen konnte, geht jedoch gegen unsere Fassungsvermögen. Was wird Erich Köhler, Winnigs Verfeindiger im „Stirn“, nun sagen zu Winnigs schmählichem Ende nicht etwa nur als Oberpräsident, sondern auch als Politiker und Parteimann?

Wauer, der Gewerkschaftler, ist weniger bekannt. Von ihm geleitete Organisation ist die einzige bis jetzt, in der das Rätesystem organisch eingeführt wurde. Wauer soll sich sogar gebrüht haben, er hätte Kapp für die sozialistischen Ziele gewonnen; die Arbeiter würden ihn für seine Vermittlerfähigkeit noch einmal auf den Knien danken. Die Arbeiter sind nur froh, daß Winnig und Wauer jeder nur in einem Exemplar vorhanden ist, um freuen sich, daß bei Regiens Generalkonflikt der Kappische Niederungsverlust um so glücklicher mißglückte. Natürlich ist auch Wauer ein erlebiger Mann in seiner Organisation.

Als dritter im Bunde steht Emil Klotz zu erwarten der ehemalige Buchbindervorstehende, der als Brotschürerfabrikant seit Monaten das Entzünden reaktionärer Arbeit bildet.

IV.

Gustav Noske ist nun ausgesprochenes Werkzeug der Reaktion geworden. Hat der Noskismus seine Herleitung auch aus dem Putschismus von links gefunden, durch dessen Kraftleistung mit der Berliner Spartakuswoche vom 5. bis 11. Januar 1919 im besondern, die selbst von dem „Leipziger Volkszeitung“ abschließende Beurteilung fand,

Ist der Putschismus von rechts nun sein Untergang geworden. Scheidemann trat schon im vergangenen Jahre vor Moske und seine aufgäubigen Parteihäupter hin und mesekhafte eindringlich: „Der Feind steht rechts!“ Von Ebert angefangen, ließ man aber den unangenehmen Warner sich entladen, um wie Graf Eberhard im Barte gerübig das Haupt „Gustav den Starken“ in den Schoß zu legen.

Moske hat einfach strafwürdig die vielen Warnungen mißachtet, die vom „Vorwärts“ ebenfalls genügend kamen, ist den Militaristen zum Steigbügelhalter geworden, wie es von einem Sozialdemokraten undenkbar hätte sein müssen, sah die Reichswehr immer republikanischer werden, wo sie an Haupt und Gliedern von Tag zu Tag reaktionärer wurde, maßregelte aber wirklich republikanische Offiziere und erklärte noch sieben Stunden vor dem Einmarsch des von ihm als harmlos bezeichneten Ehrhardt mit seinen Bakillkumern in Berlin dem „Vorwärts“-Redakteur Kufner auf nochmalige telephonische Warnung, an das Gerübe aufgeregter Leute von einer bevorstehenden militärischen Katastrophe glaube er nicht. Ein solcher Mangel an Voraussicht, ein derartiges Einwiechelnlassen von den schlimmsten Reaktionen ist direkt strafwürdig. Und trotzdem haben Ebert und Bauer Scheidemann nochmals abfahren lassen in Stuttgart, hat die sozialdemokratische Fraktion sich noch zu einem neuen Vertrauensvotum für Moske aufzuschwingen vermocht, hat dieser darauf wieder aufgeblasene Redensarten in einem der von ihm peinlich häufig gefakelten Interviews geführt und ist in vollständiger Verblendung gar noch zu einer Rechtfertigung seiner Militärpolitik im „Vorwärts“ gedrungen. Das wirkte wie Peitschenhiebe auf die Arbeiterklasse, und die Gewerkschaften erzwangen nun mit den Arbeiterparteien seinen Rücktritt.

Gustav Moske ist jetzt manchmal recht unsanft zu den Toten geworden. Wir haben sein Draufgängerhumor, zu dem er, wie schon bemerkt, von den Linksabhängigen und den Kommunisten erst wirklichen Antriebe erhalten hat, stets mit Vorlicht beurteilt. In Nr. 16 d. Z. ist das in einem der Artikel zu den Zeitungsverböden zu lesen. Aber am 12. Juni 1919 schon gewonnen wir der ganzen Regierung und der vollen Gewaltanwendung immer nur nach links gar keinen Gehmach. „Wir schrieben damals unter der Überschrift „Blinde Konsulin“:

Nicht nur bei Moske, der bis in weitem Grad allerdings das Gegenprodukt parlamentarischer Gewalttätigkeiten ist, die ja, freilich oft nur scheinbar, auch von der unabhängigen Sozialdemokratie verurteilt werden, sondern auch bei anderen aus dem Volk aufsteigenden Ministern zeigen sich Erscheinungen, die befremdlich und bedauerlich zugleich sind. Im Interesse des Volksganzen und angesichts unserer gottserbärmlichen Lage können und sollen sie überparteilich und Diskursgeleiteten von oben wie von unten nicht nachgeben. Die Grundzüge der Demokratie dürfen aber nicht so bekundet werden, daß rüchrichtlichen, mandelartigen und sonst kapitalistischen Treibereien der Vertreter aus anderen Parteien in den Regierungen, welche erstere jetzt meistens mit dem Vorworte „Volks“ in ihrem Firmenbild unbefugt prangen, von ihnen Vorstoß oder Unterstützung wird, das Empfinden aber der nicht unerfahrenen Rabibalkismus verfallenen Volkstresse damit aber Verletzung findet. Daß der Geist nicht immer die Materie beherrscht, soll diesem oder jenem Regierungsmann von Revolutions Gnaden nicht zum Vorwurfe gemacht werden. Das Regieren ist unter solchen traurigen Verhältnissen und bei so ungebundener Freiheit wahrlich kein leichtes Stück. Verantwortungslose Schwäger in den Parlamenten, in Versammlungen und die unverantwortlichen Schreibschreiberstrategen mögen noch so oft das Gegenteil wahrscheinlich machen wollen. Aber unbedingt muß verlangt werden, daß unsre Leute in letzten Regierungen nicht verlieren, die Volkseele zu verstehen!

Leider ist jedoch alles den verkehrten Weg weitergegangen. Wäre die politische Reaktion, mit der wir uns im Schubartikel in Gegenüberstellung mit der Revolution beschäftigen werden, nicht zum Ausbruch gekommen, dann hätte noch mehr verfaul werden können.

Es ist ein Trauerspiel, daß die politische wie auch die wirtschaftliche Reaktion sich auf so wirksame Triebkräfte stützen konnten, die gewiß alles andre als ihr dienbar sein wollten, die aber mit ihrer Scheuklappenpolitik von Monat zu Monat immer schlechtere Regierungsprodukte aufzuweisen hatten. Dem muß die Arbeiterklasse nun Halt gebieten. Der Anfang ist getan, vieles bleibt noch zu tun, und wenn die Demokraten mit dem „Berliner Tageblatt“ an der Spitze sich noch so entsetzt gebürden über die „Nebenregierung der Gewerkschaften“.

## Zum Schutze der Republik

In Deutschland wurde in letzter Zeit überall Einwohnerwehren gebildet, die aus allen Bevölkerungsschichten zusammengesetzt sein sollten. Allerdings hat sich die organisierte Arbeiterklasse an der Bildung dieser Wehren nicht in dem Maße beteiligt, wie das wünschenswert gewesen wäre. Auch von den Kollegen in unserm Gewerbe sind recht eigenwillige Redensarten bei der Errichtung von diesen Wehren geführt worden, über die man bei den

konst aufgeklärten Buchdruckern seiner Verminderung Ausdruck geben muß. Es wurde vor allem in Erwägung gebracht, daß man gar keine Lust und Veranlassung hätte, dem militärischen Drill, den viele Männer vor Jahre und noch länger gemacht haben, sich wieder freiwillig zur Verfügung zu stellen oder gar heute den Schutz der Felder der Bauern zu übernehmen, die während der Zeit des Krieges die Familien in der Heimat darben ließen. Viele andre derartige Gedanken — die wohl an und für sich berechtigt sein mögen — kamen zum Ausdruck.

Die Kollegen mühten sich doch aber überlegt haben, daß die Einwohnerwehren noch weit andre Aufgaben haben, als nur den Feld- und Flurhieb zu übernehmen und im alten Sinne militärisch zu exerzieren. Die höchsten Pflichten der Einwohnerwehren bestehen doch darin, die Republik vor gegenrevolutionären Streikungen zu schützen! Denn schon heute machen sich aus ganz bestimmten strengen Absichten bemerkbar, die darauf hinauszielen, die alten vorrevolutionären Verhältnisse wieder herbeizuführen. Nachrichten aus ihren Zeitungen und andre lokale Handlungen lassen darauf schließen. Ganz systematisch wird die Seke aus jenen Kreisen betrieben. Die Reichswehr mit ihren alten veränderten Offizieren würde gegebenenfalls eine willkommene Unterstützung dieser Leute bilden. Zum Glück werden ja die militärischen Verbände aufgelöst und die alten Offiziere ihres Amtes entbunden und entlassen. Aber die dunklen Mächte schaffen sich in andern Organisationen derartige Stützen, die sie zu gegebener Zeit verwenden werden.

Nehmen wir uns ein Beispiel an den Vorgängen in Ungarn! Weil zu wenig für den Schutz der Republik getan wurde, deshalb ist heute das alte Regime wieder am Ruder. Und daher ist es Pflicht der organisierten Arbeiterklasse, den Einwohnerwehren beizutreten und sich dadurch die Macht zu verschaffen, die ihre Revolutionserregenschaften stiften und ihrer Macht nötigenfalls Ausdruck zu verleihen. Tretet den Einwohnerwehren bei und steht euch mit dem Leben für Republik und Freiheit ein!

Altenburg.

Johannes Müller.

Der vorstehende Artikel ging uns schon am 9. August 1919 zu. Was er befragt, hat sich jüngst durch den Stapp-Kittwitz-Puls als nur zu wahr erwiesen. Deswegen haben wir den Aufsatz wieder hervorgeholt. Bedenken wegen der logenartigen gewerkschaftlichen Neutralität hatten wir weder damals noch heute, weil dieser Begriff sich überlebt hat. Aber vor acht Monaten wurden die Einwohnerwehren von der äußersten Linken bekämpft und ihre Bildung vielfach, wenn nicht überwiegend, verhindert. Das Auskommen der Zeitstreitigkeiten war die einzige Folge dieser verkehrten Politik. Unter unsern Kollegen machten sich ebenfalls Strömungen gegen die Einwohnerwehren geltend. Hätte der „Korr.“ den Mitterliche Artikel gleich ausgenommen, dann wäre jedenfalls damals schon in Resolutionen von der „vollständigen Inhaftigkeit der Redaktion, dem in der Kollegenschaft herrschenden Geiste Rechnung zu fragen“, gesprochen worden, oder man hätte eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität daraus gemacht bzw. Zerstückelung der Kollegenschaft darin erblickt, wie es in Anträgen an die Generalversammlung und in Resolutionen über die Redaktion heißt.

Wir legten den Artikel des Kollegen Müller beiseite und sagten uns: Es kommt ein Tag. Diese Erwartung hat nicht getrogen. Es wird jetzt ganz anders über die Einwohnerwehren geredet — am meisten wohl in Leipzig. So kann es unsern Kritikern noch manchmal ergehen, wenn sie gleich in falschem Entrüstungsetzer machen — um nicht mehr zu sagen — darüber, daß der „Korr.“ in gewissen Fragen das Richtige vom Unrichtigen besser zu unterscheiden weiß. Denn daß seit dem November 1918 alles im richtigen Geiste bei der Arbeiterklasse gegangen sein soll, wird doch nicht behauptet werden können. Ob jetzt für Einwohnerwehren besser Ortswehren zu sagen ist, macht nichts aus. Der Mitterliche Artikel trifft in der Sache selbst das Richtige, und deshalb sollte ihm auch aus unsern Reihen Folge gegeben werden.

Die Redaktion.

## „General“streik

In den letzten Tagen hat ein Meinungsaustausch zwischen der Redaktion des „Vorwärts“ und dem Berliner Gewerkschaftsverband resp. dem Kollegen Mallini über die richtige Durchführung eines Generalstreiks stattgefunden. Erstere vertritt die Ansicht, daß man in einer derartigen Situation mehr die Zweckmäßigkeit ins Auge fassen sollte und dementsprechend auch die eigene politische Presse durch strikte Verweigerung des technischen Personals seitens der in Betracht kommenden Gewerkschaften nicht lahmlegen dürfte, während Mallini sich an das Wort „General“streik klammert, dem auch die Buchdrucker Rechnung tragen müßten. Diese Streitfrage — für mich ist sie es nie gewesen — ist so wichtig, daß unbedingt unsere Generalversammlung dazu Stellung nehmen muß.

Persönlich vertrete ich den Standpunkt des „Vorwärts“. Es ist einfach widerwärtig, wenn wir in solcher hochpolitischen ersten Situation, wie sie für die deutsche Arbeiterklasse — und nicht nur für die deutsche — der Putsch Stapp-Kittwitz geschaffen hatte, freiwillig auf unsere wirksamste Waffe verzichten. Ein Generalstreik darf nicht nur blindlings alles umfassen, sondern muß zweckmäßig, vernünftig, der guten Sache dienend ausgeführt werden. In dieser nicht untergeordneten Angelegenheit muß für die Zukunft von den politischen und den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen oder deren kranken Instanzen prinzipielle Klarheit geschaffen werden.

Berlin.

G. Zepper.

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

### Fünfte Ausschußsitzung

Am 1. Mai der Durchführung des Generalstreiks und der zu seiner Beendigung vereinbarten Gewerkschaftsfortbewerkschaftsbundes zu einer einseitigen Beratung zusammen. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes Regien teilte einleitend mit, daß die in Berlin anwesenden Verbandsvorstände während des Streiks wiederholt zur Berichterstattung über die Vorgänge und die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitungen zusammenberufen worden seien. Die Einberufung einer Ausschußsitzung war aber wegen des Verhinderungsfalles unmöglich. Regien berichtete sodann über den Stapp-Kittwitz-Puls und über den zu seiner Wiederherstellung von den Gewerkschaften durchgeführten Generalstreik und seine Erfolge. Die Verhandlungen mit den beiden sozialistischen Parteien zwecks Herstellung einer Einheitsfront des Proletariats seien leider an dem ausweichenden Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gescheitert, doch gelang es, wenigstens eine einseitige Kampfeslinie der Arbeitnehmerverbände herbeizuführen. Nachdem es durch den Generalstreik gelungen war, die illegale Stapp-Regierung und die meiste in Berlin eingedrungenen Gruppen zu beseitigen, galt es, Sicherungen gegen die Wiederkehr solcher reaktionärer Putsche durchzuführen. Die Gewerkschaftsleitungen sicherten sich deshalb einen mitentscheidenden Einfluß auf die Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen und vereinbarten mit den Vertretern der Regierungsparteien ein Programm, das die Entlassung und Befreiung aller am Putsch Schuldigen, die gründliche Reinigung der Verwaltungen von allen Reaktionen, die Durchführung demokratischer Verwaltungsreformen, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, die Auflösung der konterrevolutionären Seeresformationen und deren Ersatz durch Organisationen aus zuverlässigen republikanischen Kreisen sowie die wirksame Durchführung der Lebensmittelförderung umfaßt. Die militärische Niederwerfung bewaffneter Volkserebungen zur republikanischen Verteidigung in der Umgebung Berlins sowie in Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland führte zu einer Verlängerung und Verschärfung des Generalstreiks, der erst nach erneuter Intervention der Gewerkschaftsleitungen und nach Erhalt weiterer Zugaben seitens der Regierung abgebrochen werden konnte. Höchst schwierig gestaltete sich die Neubildung der Regierung, da nur die sozialistischen Parteien und die christliche Volkspartei den acht gewerkschaftlichen Programmpunkten vorbehaltlos zustimmen, während die deutschdemokratische Volkspartei zu denselben einen verklärter abnehmenden Standpunkt einnahm. Die Gewerkschaftsvertreter haben alles getan, um das Zustandekommen von Regierungen im Reich und in Preußen zu fördern und zu beschleunigen, die sich wirklich auf das Vertrauen der Republik verließenden Arbeitnehmerklasse stützen können. Sie wissen die großen Schwierigkeiten eines regierungslosen Zustandes gerade in gegenwärtiger Zeit sehr wohl zu würdigen und haben mancherlei Bedenken zurückgestellt, um die Neubildung der Regierung nicht zu erschweren. An der Regierungskrisis fragen nicht sie die Schuld, sondern das Verlangen der Reichsregierung, die nur mit Hilfe der Arbeitermassen den verfassungsmäßigen Zustand wiederherstellen konnte.

In der Debatte stellte sich Genosse Brey (Fabrikarbeiterverband) auf den Boden der gewerkschaftlichen Forderungen, hielt aber die Einwirkung der Gewerkschaften auf die Lösung der Personenfrage für ein recht gefährliches Experiment, das nicht zur Wiederholung anreize. Seine Bedenken blieben ganz vereinzelt und wurden von allen nachfolgenden Rednern zurückgewiesen. Dabei wurde eindringlich die Gefahr neuer Zusammenstöße zwischen den Gruppen und der bewaffneten Arbeiterklasse im Inbustrierevier wie in Mitteldeutschland geschilbert und ein erneutes Eingreifen der Gewerkschaftsleitungen gefordert, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die Aussprache endete mit der einstimmigen Annahme folgender Kundgebung des Ausschusses:

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt sich mit den Maßnahmen des Bundesvorstandes zur Abwehr der Reaktion und bei der Bildung der Regierung in vollem Umfang einverstanden. Es war ein Gebot höchster politischer Klugheit, daß die zwölf Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die hinter dieser Aktion standen, in der Stunde höchster Gefahr ihre Macht in die Waagschale warfen. Er beauftragt den Bundesvorstand, sich darauf zu achten, daß die Vereinbarungen auch wirklich eingehalten werden. Weiter hält es der Bundesauschuss für erforderlich, daß sofort von seinen des Vorstandes Schritte unternommen werden, daß es in Rheinland-Westfalen und in Mitteldeutschland zu einer Vereinbarung kommt, um weiteres Blutvergießen zu verhüten. Die neue Regierung möge sofort durch eine Politik des Entgegenkommens die Arbeiterklasse beruhigen. Im übrigen erklären die Vorstände, daß die Gewerkschaften in Zukunft, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergeben sollte, ebenso geschlossen und kraftvoll auf den Plan treten werden, um die Reaktion zu Boden zu werfen.

Ferner gaben die anwesenden Vertreter von neun Gewerkschaften, die ihren Sitz in Südb., West- und Mitteldeutschland haben, unterstündlich folgende Erklärung ab: Die aus Südb., West- und Mitteldeutschland an der Sitzung des Bundesauschusses teilnehmenden Gewerkschaftsvorstände erklären ihr volles Einverständnis mit den



Mahnahmen des Bundesvorstandes in der Durchführung des Generalstreiks als das Mindestmaß dessen, was geschehen mußte — Mahnahmen, die auch außerhalb Berlins gebilligt werden. Es entspricht durchaus nicht den Tatsachen, daß dort die Vereinbarungen anders bewertet werden. Besonders trifft es nicht zu, daß durch die Aktion der Gewerkschaften etwa Sonderbundsbestrebungen, die in dem Rufe „Los von Berlin“ zum Ausdruck kommen, angeregt worden sind. Was vom Bundesvorstande geschehen ist, war dessen selbstverständliche Pflicht; es besteht in dieser Frage kein Gegensatz zwischen Berlin und der süd-, west- und mitteldeutschen Arbeiterschaft.

Im weitern wurde darüber beraten, in welcher Weise die streikenden Arbeiter und Angestellten für den entgegengehenden Arbeitsverdienst schadlos zu halten seien. Während ein Teil der Arbeitgebererschaft sich bereit erklärt hat, die Streiktagelöhne zu bezahlen, verweigert ein anderer Teil jede Vergütung. Verhandlungen des Arbeitsministers Schlichte mit Arbeitgebervertretern führten zu keinem positiven Ergebnisse. Die Gewerkschaftsvertreter waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, die Streikbeteiligten schadlos zu halten. Sie beauftragten den Bundesvorstand, in diesem Sinne mit der Reichsregierung zu verhandeln. Es soll vorgeschlagen werden, daß die Arbeitgeber diese Unterstützung voraussetzen und dann vom Reiche zurückvergütet erhalten.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Braunschweig.** Am 8. Februar fand bei gutem Besuche die Hauptbezirksversammlung statt. Es wurde das Andenken mehrerer verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Unter „Geschäftlichem“ wurde drei Neuaufnahmen zugestimmt. Kollege Reuter gab bekannt, daß der Rat der Stadt Braunschweig einen monatlichen Betrag von 100 Mk. für den Arbeitsnachweis bewilligt habe. In das am Orte gebildete Graphische Kartell ist Kollege Reuter als Vorsitzender gewählt worden. Nach Erstattung der Abrechnung gab der Bezirksverwalter den Jahresbericht. Bei den Neuwahlen wurde Kollege Wilhelm Reuter als Verwalter wiedergewählt. Sodann wurde von den Kartelldelegierten Bericht erstattet. Die einseitige und parteipolitische Handhabung der Geschäfte im Gewerkschaftskartell führte zur Annahme nachstehenden Antrags: „Der Bezirksverein Braunschweig wird bis zur Anerkennung der politischen Neutralität, gemäß des Beschlusses des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, keine Delegierte zum Gewerkschaftskartell entsenden und bis zu diesem Zeitpunkt auch die an das Kartell abzuführenden Beiträge sperren.“

**Breslau.** Eine außerordentliche Generalversammlung am 1. Februar beschloß sich nach einstimmiger Annahme eines Antrags auf Erhöhung der monatlichen Steuerungszulage von 10 auf 30 Mk. mit unserer Verbandsgeneralversammlung. Vom Vorstand und von Einzelmitgliedern eingebrachte Anträge wurden eingehend besprochen und dem Verbandsvorstand eingereicht. — Eine weitere Versammlung am 10. Februar erledigte neun Aufgaben und wählte zwei Kartelldelegierte. Kollege Fiering erstattete Bericht von der Bezirksvorberberkonferenz. Ein von dieser gestellter Antrag auf Erhöhung des Gaubetrags soll durch Abstimmung erledigt werden. Desgleichen verteilte der Arbeitsrat einen Antrag auf Welterhebung des Ertragsbeitrags und Zahlung der Steuerungszulagen an die Invaliden, Kranken und Arbeitslosen, da ein weiterer Antrag auf Erhöhung des Ertragsbeitrags und Erhöhung der Steuerungszulagen eingegangen war. Hierauf hielt Karl Dietrich, M. d. N., einen Vortrag über das Betriebsrätegesetz, der mit fesselnder Aufmerksamkeit bis zum Schluß verfolgt wurde. Eine Diskussion konnte leider der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht mehr stattfinden. Ein trübes Bild spiegelte die Einführung des Lokalzuschlags und die Gewährung der „Kartellzulage“ wider. Ein Rundschreiben des hiesigen Prinzipalsvereinsvorsitzenden durch die ganze Provinz Schlefien forderte zur Nichtzahlung der letzteren auf, da sie „nicht vom Tarifauschusse beschlossen“ sei, und der erhöhte Lokalzuschlag ausschließlich der erhöhten Steuerungszulage solle nur an die zum Minimum Entlohnten gezahlt werden. Diese Aufforderung wurde natürlich prompt befolgt, und erst das Eingreifen des Gehilfenvertreters und Drohung mit Mahnahmen unsererseits gegen diesen Tarifbruch der Prinzipale sowie auch die erneute Bekanntgabe des Tarifans voranläßt diese, nach achtsamiger Beratung „unser Vorbehalt“ zu zahlen.

**Darmstadt.** Am 15. Februar fand unsere diesjährige Bezirksgeneralversammlung statt. Zwei Neuaufnahmen wurden vollzogen. Den Jahresbericht des verstorbenen Jahres gab der Vorsitzende in sehr eingehender Weise. Aber den Arbeitsnachweis berichtete Kollege Ernst. Der Rechenschaftsbericht wurde durch Kassierer Böhm e erstattet. Bei der Vorstandswahl wurde u. a. unser bisheriger Vorsitzender Bahler und Kassierer Böhm wiedergewählt. Als Arbeitsnachweisverwalter wurde Kollege Bernasconi bestimmt. Beim Punkte „Gehelienprüfung“ entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde eine Prüfungskommission von vier Kollegen gewählt. Der Bezirksbeitrag wurde auf der bisherigen Höhe belassen. Bis zur Regelung der Beiträge unserer Invaliden durch die Generalversammlung wurde beschloffen, denselben aus der Bezirkskasse pro Tag 50 Pf. Zuschuß zu gewähren.

**Dresden.** (Maschinenlehler.) Unsere Generalversammlung am 8. Februar war von 64 Kollegen besucht. Ein großer Teil der auswärtigen Kollegen war leider durch die Bahnsperrung am Kommen verhindert. Nach

der Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde das Andenken unres verdienten langjährigen Gauverwalters Steinbrück in herkömmlicher Form geehrt, ebenso das Andenken der verstorbenen Mitglieder Erich Kupfer und Otto Wünsche (Mitbegründer der Vereinigung). Bei der Erstattung des Jahresberichts hob der Vorsitzende hervor, daß man wohl den Maschinenlehren bei den Steuerungsulagen teilweise wieder 25 Proz. Zuschuß gewährte, jedoch dem dringlichen Verlangen nach Verhütung der Arbeitszeit die Türen verschlossen blieben. Der Technischen Kommission, die dem erweiterten Arbeiten infolge schlechter Gasverhältnisse durch Vorträge und Schemata begegnete und auch im sonstigen Technischen und Tariflichen gute Arbeit leistete, wurde der Dank ausgesprochen. Nach Nichtspruchung des Kassierberichts wurde der Vorstand wiedergewählt; an Stelle des von hier verzogenen Kollegen Reichel wählte man Max Frische zum Kassierer. Ferner wurde der monatliche Beitrag auf 60 Pf. erhöht. Schließlich konnte man einem ausgezeichneten Vortrage des Kollegen Leudert: „Blut und Eisen“, Gehör schenken; der Beifall kennzeichnete, daß der Vortragende den Geschmack des Maschinenlehlers getroffen hatte. — Im Anschluß an die Versammlung fand geistliches Beisammensein mit Damen statt; nur zu rasch verfloßen diese gemüthlichen Stunden.

**Offen.** Die Bezirksversammlung am 8. Februar ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Eugen Schorch. Vorsitzender Krauß gedachte in warmen Worten der Verdienste des Dahingegangenen. Wo es galt, die Interessen des Verbandes zu vertreten, war Kollege Schorch an erster Stelle. Ein Vorbild den übrigen Kollegen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten nahm die Versammlung Stellung zu den von der Regierung erlassenen Zeitungsverboten. Alle Redner waren darin einig, daß hiergegen aufs schärfste protestiert werden müßte. Eine Entschlieung, in der gegen die Zeitungsverbote aufs schärfste protestiert wird, wurde von der Versammlung angenommen. Eine lebhafteste Debatte rief ein Antrag des Ortsvereins Gelsenkirchen hervor: „Stellungnahme zu den ganz besonders gefügigen Steuerungsverhältnissen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes“. In der Aussprache wurde gefordert, daß wir mit den übrigen Arbeitern des hiesigen Gebiets unbedingt gleichgestellt werden müßten, denn so wie augenblicklich könne es auf keinen Fall weiter gehen, wollen wir nicht ganz der Verelendung anheimfallen. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, worin folgende Forderungen erhoben wurden: 1. Befristliche Erhöhung der allgemeinen Grundlöhne, 2. Anpaßung unserer Löhne an die Besonderheiten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, 3. Erhöhung der Aufschläge für außerordentliche Arbeitszeiten, 4. Erhöhung der Aufschläge für Überarbeit. Die Versammlung beschloß, an diesen Forderungen unbedingt festzuhalten, eventuell sie durch Selbsthilfe zu erkämpfen. In teilweise lebhafter Debatte wurden sodann eine Reihe Anträge zur Generalversammlung des Verbandes angenommen. Nachdem unter „Verschiedenem“ noch einige interne Sachen ihre Erledigung fanden, konnte die Versammlung geschlossen werden.

**Kr. Frankfurt a. M.** Die Bezirksversammlung am 9. Februar beschäftigte sich mit den Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes. Neben einigen Änderungsanträgen zum Statut und den Vorstandsbekanntschüssen wurde ein Antrag angenommen, in welchem gefordert wird, den Kollegen, die vor dem Kriege mindestens 250 Beiträge geleistet haben und wenigstens ein Jahr Soldat waren, die Hälfte der Dienstzeit als Beitragszeit anzurechnen. Bezüglich der Erhöhung der Unterstützungsätze schloß sich die Versammlung den Anträgen des Hauptvorstandes an, ebenso den speziellen Anträgen der Maschinenlehler und Maschinenmeister. Zu dem Gaubetrag, der zu Offen hier stattfand, stellte die Versammlung 27 Kandidaten als Delegierte auf, von denen 18 zu wählen waren.

**Hamburg.** Am 13. April begehrt der seit 25 Jahren im „Samburger Echo“ beschäftigte Sebertkollege Wolf Graf seit 50jähriges Berufsjubiläum. Wir übermitteln dem Jubilar zu seinem Ehrenstage die herzlichsten Glückwünsche und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihm dereinst ein sorgenloser Lebensabend beschieden sein möge!

**ch. Hannover.** Am 13. Februar fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher unser Vorsitzender Lütke zwei verstorbenen Kollegen gedachte, und zwar des Seherinvaliden Hugo Pabst, zuletzt in Braunschweig; derselbe bekleidete wiederholt im Vorstande des Lokalvereins Ehrenämter, u. a. auch als Vorsitzender, und des verdienten Kollegen Heinrich Brühl (Osnabrück), der über 30 Jahre Bezirkskassierer und Reisehelfer verwalter und seit dieser Zeit auch auf allen unsern Gaugängen anwesend war. Die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen in üblicher Weise. Sodann hieß der Vorsitzende zehn aus französischer Gefangenschaft heimgekehrte Kollegen herzlich willkommen, dabei den Wunsch aussprechend, daß wir auch bald die letzten 50 noch lebenden Kollegen wieder in unserer Mitte begrüßen könnten. Das Tarifschiedsgericht und auch der Schlichtungsausschuss hatten sich in letzter Zeit wieder mit einigen Firmen zu beschäftigen; das Ergebnis war, daß den klagenden Gehilfen Recht zuerkannt wurde. Hierauf bewilligte die Versammlung an unsere arbeitslosen Kollegen dreimalige monatliche Raten an Verhelratete und solche Ledige, die bei fremden Leuten wohnen je 40 Mk., an solche Kollegen, welche bei ihren Eltern wohnen, je 20 Mk., außerdem für jedes Kind 5 Mk. Die Kosten dieser Unterstützung sollen durch zweimalige Erhebung eines Ertragsbeitrags von je 1 Mk. aufgebracht werden. Dann wurde zur Tarifauschussbildung Stellung genommen, worüber

andererseits bereits berichtet wurde. Zur Generalversammlung wurden fünf Anträge gestellt.

**Kassel.** Am 15. April begehrt der auch vielen auswärtigen Kollegen bekannte Kollege Adam Kumburg, beschäftigt in der Buchdruckerei des „Kasseler Tageblattes“, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Das gleiche Jubiläum feierte vor einigen Tagen der Seher Fröh Böhler in der Buchdruckerei der „Kasseler Allgemeinen Zeitung“. Wir wünschen den beiden Jubilaren, daß sie noch recht lange in unser Mitte weilen.

**Leipzig.** Am 19. April begehren die beiden Seherkollegen Gustav Berger (O. Brandfleter) und Albert Schoppa (Bernhard Mener) ihr 50jähriges Berufsjubiläum. Beide trafen Dikern 1870 bei der damaligen Firma Leopold & Bär (Leipzig) in die Lehre. Nach Beendigung derselben ergriffen sie den Wanderstab und handlungslos erster in Kassel und Kaupheim (Württemberg), lehrten in Bremen und Edenhofen (Meiningsfeld); später kehrten sie nach Leipzig zurück. Unser Organisation gehören beide seit dem Jahre 1874 an. Möge den beiden wackeren Kollegen noch recht lange ein ungetrübter Lebensabend beschieden sein!

□ □ □ Rundschau □ □ □

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Buchdruckerei J. & R. Holtendorff in Dierendorf (Unterelbe) zahlt ihren Gehilfen die Zulage nach dem Schiedspruch in Höhe von 40 Mk. pro Woche bereits ab 1. März unter Ausschaltung der Ratenzahlung. — Die Leipziger Buchdruckerei W. G. („Leipziger Volkszeitung“) gewährt ihrem Gesamtpersonal die in dem Schiedspruch festgesetzte Zulage in der Weise, daß sie die letzte, am 15. April fällige Rate schon für die Woche vom 29. März bis 3. April voll zur Auszahlung bringen ließ. Außerdem wurden die letzten Generalstreiktage voll bezahlt.

**Buchdrucker in öffentlichen Diensten.** In Worms wurden die Kollegen G. Wolf und P. Ferber als Schlichter berufen.

**Neue Steuerungsulagen im deutschen Lithographie- und Steindruckergewerbe.** Die beiderseitigen Tarifvertragsorganisationen im deutschen Lithographie- und Steindruckergewerbe haben in einer Tagung am 14. März auf Antrag der Gehilfen eine dritte Steuerungsulage nach folgender Richtlinien vereinbart: „Für die drei Wochen, deren Lohnzahlungsstage in die Zeit vom 1. bis 20. März fallen, erhalten: Gehilfen im Alter von 18 bis 21 Jahren 18 Mk., Gehilfen im Alter von über 21 bis 24 Jahre 21 Mk., Gehilfen im Alter von über 24 Jahre 25 Mk., weiterer wöchentliche Steuerungsulage. In der Lohnwoche, in die der 22. März 1920 fällt, erhöhen sich obige Steuerungsulagen für Gehilfen im Alter von 18 bis 21 Jahren um 7 Mk. pro Woche, Gehilfen im Alter von über 21 bis 24 Jahre um 9 Mk. pro Woche, Gehilfen im Alter von über 24 Jahre um 10 Mk. pro Woche. In der Lohnwoche, in die der 19. April fällt, erhöhen sich die Zulagen abermals für Gehilfen im Alter von 18 bis 21 Jahren um 5 Mk. pro Woche, Gehilfen im Alter von über 21 bis 24 Jahre um 7 Mk. pro Woche, Gehilfen im Alter von über 24 Jahre um 10 Mk. pro Woche. Nach dem 11. Januar 1920 unter Vorbehalt oder Protest gewährte Zulagen können angerechnet werden. Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. Mai 1920.“

**Neue Steuerungsulagen für Chemigraphen und Kupferdrucker.** Laut Beschluß des Tarifamts für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker erhalten in diesen beiden graphischen Berufszweigen ab 26. März d. J. die neuen wöchentlichen Steuerungsulagen: Gehilfen unter 21 Jahren 25 Mk., unter 24 Jahren 30 Mk. und über 24 Jahren 35 Mk. Diese Vereinbarung ist am 1. u. 15. jeden Monats mit 14tägiger Frist kündbar, erstmalig am 15. April 1920. Vom gleichen Zeitpunkt an erhält die Lehrlinge vorläufig folgende Monatsgehälter wöchentlich im ersten Lehrjahre 12 Mk., im zweiten 18 Mk., dritten 24 Mk. und im vierten mindestens 30 Mk.

**Steuerungsulagen im Buchbindergewerbe.** Da politischen Wirren der letzten Wochen die Einhaltung der längst vorgesehener Termine für regelrechte Verhandlung der beiderseitigen Tarifvertrager nicht zuließen, einigen inzwischen die Vertreter der in Frage kommenden Verbände auf eine provisorische Regelung der Lohnfrage. In sehr hartnäckigen Auseinandersetzungen kam schließlich eine Vereinbarung zustande, wonach ab 25. bzw. 26. März 12 $\frac{1}{2}$  und 17 $\frac{1}{2}$  prozentigen Zuschläge auf die derzeitige Löhne des Reichstarifs auf 25 Proz. für alle Akkorbarbeiter und Arbeiterinnen und jene für alle Zeitlohnarbeiter zu arbeiten auf 30 Proz. erhöht wurden. Diese provisorische Regelung soll bis zum Inkrafttreten eines neuen Lohnabkommens, worüber am 14. April in Weimar Einbarungen getroffen werden sollen, Gültigkeit haben. Da die Lohnkassellungen im Buchbindergewerbe viel zu reichlich als bei uns sind, ist eine einseitige Berechnung des Ausmaßes dieser neuen Steuerungsulage nicht möglich. Als Anhaltspunkt und zum Vergleich zu dienen, daß der Stundenlohn für einen 21-jährigen Buchbindergehilfen in Leipzig 2,90 Mk. beträgt; das erste Wochenlohn von 129,20 Mk. Dazu kommt der neue Steuerungszuschlag von 30 Proz. — 41,76 Mk. also zusammen einen Wochenlohn von etwa 181 Mk. Akkorbarbeiter sollen in der Regel 20 Proz. mehr dienen als Zeitlohnarbeiter. — Für die Kartonnagenbranche wurde vereinbart, daß in den Städten Leipzig, Hamburg, München, Dresden und Stuttgart am 1. April eine vorläufige Zulage von 10 Proz. in d

andern Orten und Städten eine solche von 15 Proz. gezahlt werden soll.

Gewerkschaften und Heimstättenrecht. In einem dieser Tage der Öffentlichkeit übergebenen Aufrufe des Aktionsausschusses der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt, der sämtliche deutsche Berufsorganisations der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit etwa 15 Millionen Arbeitern vertritt, wird bezüglich einer durchgreifenden Bodenreform die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättenamts gefordert. Als erste Voraussetzung für den Wiederaufbau Deutschlands wird die Befreiung des Bodens von einem faulischen Rechte, das ihn, die Quelle alles Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstande des Wuchers und der Ausbeutung, bezeichnet. Dazu muß in erster Linie ein Heimstättenrecht geschaffen werden, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen. Boden darf nur noch eine Stätte der Arbeit und niemals mehr eine Quelle arbeitslosen Gewinnes sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht derjenigen übergeben, die ihn als Heimstättenland benutzen wollen. Wer bereits Laubland als Pachtland hat, der soll ein Vorrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrechte haben. Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Volkswohl über Spekulationen wohl! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe! Dieser kurze Auszug aus dem sehr umfangreichen, aber äußerst eindringlich wirkenden Aufruf zeigt uns, daß die Verkörperung der deutschen Gewerkschaften sich nicht nur mit einseitigen Lohn- und Arbeitsfragen befassen, sondern den gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Untergrund aller arbeitenden Volksgenossen auf eine höhere Basis bringen wollen. Damit zeigt sich aufs neue der gesunde Kern der gewerkschaftlichen Realpolitik, die sich frei von parteipolitischen Saarparteiereien mit unermüdlicher Zähigkeit für eine Lösung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse einsetzt.

Ein neuer Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung. Dem neugewählten Reichstage soll von der Reichsregierung ein neuer Entwurf über die Erwerbslosenversicherung vorgelegt werden, dessen Inhalt etwa folgender ist: Gegen Arbeitslosigkeit wird jeder Arbeiter und Angestellte versichert, der zwangsweise der Krankenversicherungsversicherung unterliegt. Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit erhält jeder, der ohne ein Verschulden arbeitslos geworden ist. Die Höhe der Unterstützung regelt sich nach Ortslohn und Krankengeld. Die Unterstützung wird zeitlich begrenzt. Der Arbeitslose unterliegt einer genauen Kontrolle. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung arbeiten Hand in Hand. Die Unterstützungsgelder dienen allein zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts. Die Gemeinden werden verpflichtet, für ihren Bereich Erwerbslosenversicherungskassen zu errichten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen Beiträge zu diesen Kassen analog der Versicherungsordnung, das Reich bewilligt zunächst noch Zuschüsse. Wer vermittelte Arbeit ablehnt, geht der Unterstützung verlustig.

Erweiterung der Krankenversicherung. Der Reichsrat hat dem Entwurf einer Verordnung über Heraushebung des Grundlohns und der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung, wonach eine Heraushebung des Grundlohns bis 20000 Mth. stattfinden soll, zugestimmt. Diese sehr wesentliche Erweiterung der Krankenversicherungspflicht hat bei den Ärzten große Beunruhigung hervorgerufen, weil dadurch der Kreis der Privatpatienten immer kleiner werden dürfte. Sie fordern als Sicherung ihrer beruflichen Existenz die Einführung der organisierten freien Arztwahl. Die vernünftigste Lösung dürfte nach unserer Meinung die alsbaldige Verfaßlichung des gesamten Heilwesens sein.

Die notleidenden Industrien. Der heutige Geschäftsabluß der Sebmachmaschinenfabrik „Typograph“, G. m. b. H. in Berlin, stellt sich als außerst günstig für die Aktionäre heraus. Man zählt 36 Proz. Dividende, daneben einen Bonus in ähnlicher Höhe. Der Direktor des Unternehmens erhält eine Entlohnung von 60000 Mth., ein Aufsichtsratsmitglied, das nie die Fabrik betritt, 40000 Mth. Die Prokuristen schneiden schon schlechter ab, denn sie müssen sich mit 2000 Mth. begnügen. Den Angestellten und Arbeitern aber vollends geht man die Kappe. Völlig streikfähig einschließlich der Sonntage! So sieht in unrer Republik die gerechte Verteilung des Einkommens aus, die doch einen Programmpunkt der Demokratischen Partei bildet. Wahrlich, wer viel hat, dem wird gegeben werden; wer aber gar nichts hat, dem soll das Wenige auch noch genommen werden. Und da wundert man sich noch über das Weiterumschreiten bolschewistisch-parlamentarischer Bestrebungen!

Verchiedene Eingänge

„Der Str.“ Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mth., Einzelhefte 1 Mth. Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung, Berlin W 62.

Briefkasten

A. S. in G. und F. G. in M.: Unter Hinweis auf „Ein ernstes Wort an alle“ in Nr. 31 lesen wir uns zur Ablehnung gezwungen. — A. S. in G. S. gibt auch bei uns entgegengesetzte Gründe, wenn deren Meinung über P. sich selbst immer mehr zu Recht finden sollte, dann könnte der Herr „einpenden. Die Ansicht der Reule von der mittleren Linie geht dahin, wie uns seit gleichem aus einer anderen Stadt geschrieben wurde, daß mit der Haltung der Redaktion allen Richtungen und Erkenntnissen gegenüber man wohl zufrieden sein könne. Der Verfasser jenes eingehenden Artikels hat auch die ihm untergebene Pflicht nicht gehabt. — A. S. in D.: Wenn der Artikel größer wäre, könnten wir ihn nicht bringen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schmöllersplatz 511. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Döprehen. Die Ehefrau Paul Sibis (Hausbuchnummer 49 838), geb. in Hamburg, und Hermann Wernicke (Hausbuchnummer 59 487), geb. in Witten (Ruhr), werden aufgeführt, ihre

In Memel hinterlassenen Tante an den Gaukassierer M. Krause Schnitzberg L. Pr. Forenstraße 22 III, einzufinden, widrigenfalls Ausschlag erfolgt. Die Herren Gunthloms werden ersucht, beide Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Gau In der Seele. In Nr. 13 des Verbandsvorstandszeitung werden Angaben seitens der Gauverleiher verlangt, wie viel Exemplare der vom Gewerkschaftsbunde herauszugebenden neuen Betriebszeitschrift in der einzelnen Gauen benötigt werden. Wir erheben unsere Dringlichkeit, uns schnellst mitzuteilen, wie viel Stellungen sie benötigen, damit wir die Angaben an den Verbandsvorstand weitergeben können.

Bezirk Bochum. (Gaulagsdelegiertenwahl.) Eingegangen 350 Stimmzettel, davon einer unregelmäßig. Es erhielten Stimmen: G. Friedemann 306, M. Büchmüller 270, F. Krüll 227, E. Heermann 221, M. Büchmüller 223, G. Jung 193, A. Haag 173, H. Ball 126, C. Zimmermann 54. Die ersten fünf gelten als gültig, die folgenden zwei als Ersatzstimmen.

Bezirk Duisburg. (Gaulagsdelegiertenwahl.) Abgegebene gültige Stimmen 351. Hieron erhielten: P. Alchitz (Duisburg) 318, Heuer (Duisburg) 217, Dobl (Erfordia) 209, an Saad (Oberhausen) 205, Arls (Mülheim) 193, Neijelbut (Duisburg) 193, Zimmermann (Duisburg) 179, Heilmann (Mülheim) 170, Gals (Duisburg) 137, Jürch (Duisburg) 111, Prim (Duisburg) 85, Leijen (Duisburg) 66. Mollge Zimmermann gilt als Ersatzstimme.

Bezirk Sagen. Bei der Wahl der Delegierten zum Gaulage wurden 356 Stimmzettel abgegeben. Es erhielten Stimmen die Kollegen Zeiler (Arnsberg) 150, Dobe (Herforn) 147, Hoffmann (Ebensfeld) 204, Strochinski (Sagen) 184, Rahme (Sagen) 81, Doren (Sagen) 291, Meier (Ebensfeld) 120, Rentrop (Herforn) 264, Rühler (Arnsberg) 118, Steinmann (Sagen) 206. Ersatzstimme ist Kollege Zeiler (Arnsberg).

Bezirk Sangerhausen. (Gaulagsdelegiertenwahl.) Eingegangen sind 110 Stimmzettel, davon 7 unregelmäßig. Es erhielten Stimmen: Fröh 311, Hölzel, Franz Schreiber 85, Otto Wipflus (Nordhausen) 44, Hermann Schiele (Herten) 77.

Bezirk Stendal. Alle Delegierte zum Gaulage sind gewählt: Ripke (Stendal) mit 105, Giesde (Schwedel) mit 123, Aech (Gardelegen) mit 95 Stimmen, als Ersatzleute Großhe (Sangermünde) mit 40 und Vogel (Seehausen) mit 8 Stimmen.

Zur Aufnahme gemeindef

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse): Im Gau Bayern 1, bei Ehefrau Schwegler, geb. in Erfurt 1894, ausget. bei 110; 2, bei Ehefrau Hans, geb. in München 1894, ausget. bei 104; waren schon Mitglieder. — Hans Kemmerich in München, Holzstraße 24 I.

Veranstaltungskalender

Berlin. Maschinenmüllerversammlung Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr, im Berliner Klubhaus, Köpenick 7, 2. Gera. Maschinenmüller-Bezirksversammlung heute Dienstag, den 13. April, in der „Goldenen Krone“.

Tarifausschuh der Deutschen Buchdrucker

Kreis VI (Schirringen) Bekanntmachung betreffend Beitragszahlung für die tariflichen Institutionen des Kreises VI. Zur Deckung der gestiegenen für die tariflichen Institutionen des Kreises VI für das Geschäftsjahr 1919 entstehenden Kosten werden die tariflichen Gehilfen des Kreises hiermit aufgefordert, einen Beitrag von 10 3/4 Pf. bis spätestens zum 1. Mai 1920 an den Bezugsstellen abzuliefern. Für die organisierten Gehilfen wird der Beitrag durch die Organisationsstellen festgesetzt, alle übrigen tariffreien Gehilfen haben ihren Beitrag druckereigentlich gemeldet und unter namentlicher Aufzählung der Beitragsgehilfen an den Unterzeichnenden abzuliefern. Tariffreie Gehilfen, die diesen Beitrag nicht zahlen, sind von der Benutzung der tariflichen Institutionen ausgeschlossen. Halle a. d. S., 9. April 1920. St. Klausstraße 7 I. Hugo König, Gehilfenvertreter für den VI. Kreis.

Moskowskaja „Typograph“ Serie 3, neuere Ausgabe. Unerhöplicher Wegweiser und Ratgeber bei Herstellung von zeitgemäßen Drucksachen. In Ref. 4,50 Mth. bei Dorell, Nachn. 4,30 Mth. J. Wienands, Graph. Verlag, Bonn a. Rh., Postental 42.

Dresdener Buchdrucker- stenographenverein „Gabelsberger“ Am Dienstag, dem 13. April, abends 8 Uhr, beginnt im Vereinslokale „Bayrische Krone“, Neumarkt 14 I, ein

Kursus für Redeschrift Alle stenographiebekundigen Kollegen sind hierzu herzlich willkommen. D. B.

Mehrere Typographen für Russisch (Modell A) und mehrere Monotypsetzer

In dauernde Stellung gesucht. Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Süchtiger, strebsamer Setzer ledig, 28 Jahre alt, bewand. in Katalog-, Werk- und Anzeigensetz, in ungeh. Stellung, such dauernde Stönd. Angeb. unter F. 161 an die Geschäftsst. d. Zl.

Maschinensetzer für Typograph B oder U in angenehme Stellung sofort gesucht. 1148 „Nietzsche-Werkschäft-Versammlungs“ Bechdorf (Eleg).

Süchtiger, strebsamer Anzeigen- und Anzeigensetzer der auch im Modell an der Linotype „Ideal“ ausbilden kann, sucht für sofort oder später Stellung. Westfalen bevorzugt. Gest. Angebote erbittet 1162 Kurt Griebig, Krefeld a. W.

Süchtiger, strebsamer Anzeigen- und Anzeigensetzer der auch im Modell an der Linotype „Ideal“ ausbilden kann, sucht für sofort oder später Stellung. Westfalen bevorzugt. Gest. Angebote erbittet 1162 Kurt Griebig, Krefeld a. W.

Drucker von Trauerändern welcher neuen Betrieb einrichten und vorführen kann, such 1167 Erich Schauer, Berlin-Karlshorst, Augusta-Viktoria-Straße 2 I.

Wir suchen für jungen, tüchtigen Anzeigen- u. Anzeigensetzer Stellung für sofort oder später. „Ergänzungs-Verlagsdruckerei“, Neue l. Erg. geb.

Junger, kostler Linotypsetzer („Ideal“), ein- und zweijährige Praxis, such für sofort Stellung. Egal wohin! Gest. Angebote erbitten an 1164 Bernhard Effers, Bochum in Westf., Söbnerstraße 8.

Süchtiger Typographsetzer mit allen Modellen bestens vertraut, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, kein Anfänger, such angenehme dauernde Stellung. (Vorwärts bevorzugt!) Gest. Offerten unter S. P. 170 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbitten.

Süchtiger Schriftsetzer 27 Jahre alt (Erlaubt Kurze), Schnellsetzer, Bucher, Silbermann, such Stellung in Gera, am liebsten Hausgelehrer. Angebote unter H. B. 166 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wir suchen in allen Orten Bayerns Kollegen, welche in 120

kreativen Fähigkeit haben zum Betrieb einer Sportwagenfabrik und zur Akquisition von Interessenten. Gest. Anfragen bitten wir nach Rückporto beizufügen. Giller & Werkschäft, München, Auenstraße 30.

Maschinenband Friedensqualität, liefern 1167 Reiner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Soeben neu erschienen: Gautschbrief in künstlerischer Ausführung Preis 5 Mark Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H. Leipzig, Salomonstraße 8 III Postfachkonto Leipzig 53430

Typographsetzmaschinen Ersatzteile usw. repariert schnellstens und sorgfältig 1172 Karl Hermann, Leipzig-Cannowitz, Wiedemannstraße 27.

Meinen werthen Gästen und lieben Freunden teile ich mit, daß ich mein Geschäft an Herrn Oskar Albert Adorf verkauft habe und sage allen ein herzlichliches Lebenswohl. B. verw. Mediam nebst Tochter.

Auf obiges Bezug nehmend, bitte ich, das Frau M. d. an bestimmte Vertrauens auch mir entgegen zu bringen. Ich werde bemüht sein, Medams Gast- und Logierhaus in der bisheriger bewährten Weise weiter zu führen. 1163 Hochachtungsvoll Albert Adorf, Leipzig, Friedrichstraße 9.

Im 79. Lebensjahre verstarb zu Kallers L. P. Herr Buchdruckerbesther Gustav Müller geboren in Burg b. Magdeburg. 1160

Der Verstorbenen, ein Mitbegründer unserer Organisation und unseres Ortsvereins, war im Gau wie im Ortsverband des überen an leitender Stelle bis zum 1891 er tätig. Mit vornehmtem Charakter verband sich in dem Dahingegangenen wahre Kollegialität. Ein dankbares Gedenken werden wir diesem Treuen jederzeit bewahren. Der Gauvorstand Mechnburg-Lübbeck, Ortverein „Typographia“, Schweinitz I. M.

Am 8. April verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege 1171 Wilhelm Schnause die herzlichsten Glückwünsche! Die Kollegen der Firma Wiff, Greve, Berlin SW 68.

Am 8. April verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege 1171 Wilhelm Schnause die herzlichsten Glückwünsche! Die Kollegen der Firma Wiff, Greve, Berlin SW 68.